

# Die Stimme

Erscheint wöchentlich  
einmal: Freitag.

Anzeigen: Die 6gesaltene  
Borgzettel 20 Pfennig.

Im Abonnement oder bei  
Wiederholung entsprechend  
billiger.

Schluss der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.

Einzelnummern in der  
Post-Zeitungsbelegliste.

Redaktion und Expedition:  
Berlin NO. 55,  
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wollmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Ziehe, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 19/20.

München, den 19. Mai 1916.

27. Jahrgang

**Inhalt:** Unsere Jugend. — Zum Verbandstage. — Die Regelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. — Kriegserinnerungen von Georg Heydemard. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin. — Versorgte Unschuld? — R u n d s c h a u. Ueber die Beteiligung der deutschen Versicherungsträger an den Kriegsanleihen. — Zum Gewerkschafts- und Parteistreit. — Die Fehler unserer Volksernährung. — Vom schweizerischen Holzarbeiterverband. — Die Kontrolle der Lebensmittelhamster. — Ueber 10 000 Pfund Fleischwaren zurückgehalten. — Eine unerhörte Nahrungsmittelfälschung. — Die Irrfahrten des Weißkohls. — Die Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin. — Patentschau. — Literarisches. — Anzeigen.

haben mit dem Steigen der Kriminalität bei Beginn des Krieges gerechnet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Aufsichtlosigkeit infolge der Abwesenheit des Vaters oder des Vormundes, infolge der Notwendigkeit der Mutter zu außerhäuslicher Arbeit, die Unregelmäßigkeit des Schulunterrichts, veranlaßt durch militärische Benutzung vieler Schulgebäude, hat manche Kinder aus dem schützenden Hause auf die Straße mit ihren vielen Versuchungen geführt und dadurch auf Abwege geraten lassen. Die halbwüchsigen Jungen und Mädchen haben in zahlreichen Fällen gute Lehrstellen wegen Einziehung der Lehrherren aufgeben müssen. Ihre Arbeit ist freilich notwendig gebraucht und überreich bezahlt worden. Sehr oft sind sie in Vertrauensstellungen gelangt, die sonst nur mit Erwachsenen besetzt waren, und in denen sie Versuchungen ausgesetzt sind, denen ihr noch nicht gefestigter Charakter nicht gewachsen ist. Die deutsche Jugend unserer Großstädte ist, ohne ihren Charakter verändert zu haben, in zahlreichen Fällen größeren Anfechtungen ausgesetzt als in normalen Zeiten, so daß naturgemäß auch eine größere Anzahl gestraucht ist. Diesem trübten Bilde entspricht auf der anderen Seite ein hoch erfreuliches. Ueber die großen Leistungen unserer jungen Kriegsfreiwilligen ist kein Wort zu verlieren. Aber auch junge Leute, die noch nicht zur Truppe genommen werden konnten, leisten der Heeresverwaltung in den Stappen bedeutende Dienste. Fast noch größer ist aber das stille Heldentum derjenigen halbwüchsigen Jungen und Mädchen, die in der Heimat mit Aufbietung aller Kräfte helfen, die Familie, in die durch Einziehung oder gar den Tod des Vaters ein Loch gerissen ist, zu stützen und zu erhalten. Der Krieg mit seinen schweren Aufgaben und Gefahren hat offenbar die Tendenz, die Tüchtigen zu stärken und zur höchsten Leistung anzuspornen, die Schwachen leichter zu Fall zu bringen. Man braucht deshalb um die Zukunft unserer Jugend nicht besorgt zu sein. Aber allerdings fordert die zunehmende Kriminalität die ernsteste Beachtung. Wir brauchen jeden Menschen, besonders jeden jugendlichen mehr als je, wir dürfen niemand zugrunde gehen lassen, den wir retten können. Zum Schutze der Jugend sind von den Oberstkommandierenden zahlreiche beschränkende Verordnungen erlassen worden. Ob diese ihren Zweck erfüllen und nicht manche unbeabsichtigte Nachteile haben werden, steht noch dahin. Wichtig und nützlich allerdings ist ein Verbot des Alkoholverkaufs an Personen unter 17 Jahren. Wichtig aber eine intensive erzieherische Beeinflussung aller derjenigen jugendlichen, die gefährdet oder schon entgleist sind. Darauf hingewiesen zu haben mit dem Bestreben, alle verfügbaren Kräfte zu diesem Zweck zu sammeln, ist ein großes Verdienst der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge.

ich wollte ein kurzes Wort sagen und möchte nicht breit werden. Wer ruhig urteilt, wird die alte Weisheit auch heute gelten lassen: „Wie die Alten jungen, so zwitschern die Jungen.“ Wo dieser Sang in ernsten Tönen sich erhebt, da wird auch die Jugend daran teilnehmen; wo dieser Sang leichtfertig und verächtlich ist, da wird auch die Jugend davon beeinflusst. Das wird aber zur Kriegszeit im allgemeinen nicht anders sein als in den Tagen des Friedens auch.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz, der Führer des Jugendbildungswezens seiner Partei, schreibt:

Der Jugendliche von heute hat es schwer. Außer den körperlichen und seelischen Nöten, mit denen die Wendjahre zwischen 14 und 20 jeden einzelnen auch in den ruhigsten Zeitaltern belasten, drücken ihn in die schweren Nöte der Kriegszeit, die allen Mitlebenden auferlegt sind, mit besonderer Härte. Man verlangt mehr Arbeit von ihm, weil die letzten Jahrgänge der erwachsenen Arbeiter im Felde stehen — das schädigt ihn in diesen wichtigen Wachstumsjahren körperlich ungemein und raubt ihm obendrein die bescheidenen Feiertunden der Friedenszeit. Er erhält mehr Lohn als sonst — das verlockt manchen Schwächling zu törichtem Ausgeben, worüber staatsanwaltschaftliche Naturen in ungerechter Verallgemeinerung der gesamten erwerbstätigen Jugend bittere Vorwürfe machen. Es fehlt dem Jugendlichen an seinen sonstigen besten Erziehern, zu Haus, in der Fortbildungsschule, in Werkstatt und Fabrik, in der Jugendbewegung und im öffentlichen Leben — das gefährdet den sittlichen Halt manches leichtsinnigen jungen Menschen. Es geht ein Zug revolutionärer Unruhe durch die Zeit — die werdenden lauten Gefahr, den Rednern und Werbem, die über den größten Wortschwall verfügen, zum Opfer zu fallen und ihr berechtigtes und natürliches Freiheitsbedürfnis auf falsche und tote Gleise leiten zu lassen. Der ganzen Menschheit fehlt es an Sonne — für die schulentlassene und zum erstenmal auf sich selbst gestellten Jugendlichen ist die Sonne ein doppelt wichtiger Lebensfaktor, sie werden ihr lebenslang unter dem gegenwärtigen Mangel an Wärme und Sonne zu leiden haben.

Dazu kommt die große, oft allzugroße und nicht immer richtige und selbstlose Beachtung, die die Jugendlichen schon vor dem Krieg von politischen Parteien und von kirchlichen und sonstigen Körperschaften erfuhren. Sie war fast zum Wettlauf um die Gunst der Jugendlichen ausgeartet und trug daher pädagogische Gefahren in sich, die einsichtiger Beobachter schon zu ernsthafter Prüfung der selbst noch jugendlichen Jugendpädagogik veranlaßte. Während des Krieges ist dieses Problem durch die militärische Jugendvorbereitung noch ernsthafter und schwieriger geworden.

Jetzt fehlt nur noch eines, um die mannigfachen Schwierigkeiten dieser ersten Volksangelegenheit unentwärtbar zu verschlimmern: die Hilfe des Schutzmannes! Er erfreut sich bei den Jugendlichen ohnehin keinerlei Juneigung. Der junge Schüler hat mit ihm ebenso offen in Fehde gelegen wie die jungen Arbeiter bis zum Ausbruch des Krieges. Aber auch seitdem hat er sich mehr als einmal bemerkbar gemacht. Man sucht, die widersprechenden Jugendlichen hier und da entgegen den Anordnungen der obersten bürgerlichen und militärischen Behörden, durch Zwang den Jugendkompagnien zuzuführen; man will die jungen Arbeiter durch Zwangsmassregeln zur Sparamkeit erziehen; man erhebt immer lauter die Stimme nach zwangsgehehlichen Maßnahmen gegen die angebliche allgemeine Verrohung der Arbeiterjugend, die der Krieg und die dadurch veränderte wirtschaftliche Lage der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit sich gebracht haben soll.

Man beherrsche sich! Man hüte sich in dieser Zeit allgemeiner Unruhe und — Verzeihung! — „Neurotisierung“ vor Sondergesetzen, die nicht Fesseln sprengen, sondern neue Fesseln schaffen! Am allerwenigsten sind solche neue Fesselungen für den Lebensabschnitt zwischen Schule und Kaserne am Platze. Die Jugendlichen von heute sind nicht schlechter und verächtlicher als wir anderen auch. Nur fehlt ihnen noch die Disziplin. Sie sind und handeln unbeherrschter. Was uns an ihnen als Kriegsercheinung unangenehm auffällt, ist allgemeine Kriegsercheinung. Nur springt sie bei den Jugendlichen mehr ins Auge weil sie sich rücksichtslos von ihren Empfindungen treiben lassen. Mag sein, daß vereinzelt ein junger Arbeiter jetzt unvernünftig viel Geld verdient und davon keinen guten Gebrauch macht. Hat etwa der Landwirt oder der Getreidehändler oder der Viehhändler oder der industrielle Heereslieferant oder der Spekulant in Papieren, die alle ungeheuer am Krieg verdienen, das Recht, darüber pharisäisch den Mund aufzureißen, wenn auch einmal ein junger Arbeiter ein paar Mark mehr verdient? So wie aber die Kriegswunderer trotz alledem glücklicherweise zahlenmäßig eine verhältnismäßig kleine Minderheit im Volke darstellen — so sehr auch das ganze Volk durch sie leiden muß —, so sind es auch verhältnismäßig wenig junge Leute, die ihren guten Lohn leichtsinnig vertun, anstatt ihn zur Unterstützung ihrer

## Unsere Jugend.

Nur wenige Monate, ja Wochen trennen uns von der Zeit, wo die Wogen der Begeisterung ganz Deutschland, das ganze deutsche Volk ergrieffen hatten. Allen voran stürmte unsere Jugend. Jünglinge von 15—20 Jahren strömten zu Tausenden, ja Millionen zu den Waffen. Tage, wochen, monatelang haben sie auf den Kasernenhöfen ausgeharrt, bis auch für sie die Stunde schlug, wo sie des Kaisers Rock anziehen konnten. Mutig haben dieselben sich in die Reihen ihrer älteren Kameraden eingereiht und bei den ersten herrlichen Siegen da floh auch das Blut dieser Jugendlichen. So manches Elternpaar hat seinen kaum dem Knabenalter entsprossenen Sohn verloren. Auch die Zurückgebliebenen, welche aus irgend einem Grunde zum Heeresdienst nicht angenommen waren, stellten ihre schwachen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes. Beim Roten Kreuz, beim Liebesgaben sammeln, überall fand man unsere Jugend. Auf den Bahnhöfen konnte man sehr oft beim Abschiednehmen beobachten, wo solch kaum den Kinderschuhen entwachsener Jüngling dem Vater zurief: „Fahr nur ruhig Vater, ich werde für Mutter schon sorgen.“ Ganz Deutschland war voll des Lobes für unsere Jugend. Nun mit einem Male soll es anders geworden sein. Nach zwanzig, zweiundzwanzig Monaten heißt es, unsere Jugend ist verrotzt, ist dem Verderben preisgegeben. Was ist nun in Wirklichkeit passiert, um derartige Behauptungen zu rechtfertigen. Von wo es gekommen ist, niemand weiß es zu ergründen, manche behaupten, die Sache ist auf kirchliche Einflüsse zurückzuführen. Genug, die Tatsachen sind da. Die einzelnen Generalkommandos haben einen Spargwangerlaß herausgegeben, wonach jugendliche Personen unter 18 Jahren, bei manchen Generalkommandos sogar unter 20 Jahren (Kassel) nur einen Teil ihres verdienten Lohnes vom Arbeitgeber ausgehändigt erhalten, während der andere Teil des Lohnes der Sparkasse übergeben werden muß. Wir wissen nun nicht, welche Gründe zu diesen Erlässen geführt haben, soviel ist uns bekannt, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen in dieser Sache vorher nicht zu Rate gezogen worden sind. Wir stehen jetzt vor einer vollendeten Tatsache. Aufgabe unsererzeit ist es nun, die zweifellos damit verbundenen Härten insofern zu mildern, daß wir versuchen müssen, durch Eingaben für diejenigen Mütter und Geschwister, deren Ernährung zum großen Teil auf den Verdienst des jugendlichen angewiesen war, einen Teil der erparten Gelder an die Familien zurückzuführen. Mit der Frage der angeblichen Verrohung der Jugendlichen selbst haben sich auch weitere Kreise in anerkannter Weise beschäftigt. Die „Berliner Volkszeitung“ hat sich zweifellos ein Verdienst in dieser Frage erworben, indem sie diesbezügliche Umfragen an berufene Vertreter gehalten hat. Wir geben im nachstehenden einzelne Aufstellungen bekannt:

Geheimer Justizrat Dr. Paul Kühne, der Vorsitzende des Jugendgerichts, äußert sich wie folgt:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie wünschen von mir eine gutachtliche Äußerung über das Verhalten der Jugendlichen während der Kriegszeit und weisen darauf hin, daß die Annahme weit verbreitet sei, unsere Jugend befände sich in einem Zustand besonderer Verderbnis. Schon theoretische Betrachtung führt zu dem Ergebnis, daß diese Annahme falsch ist. Unsere Kinder wurzeln trotz aller Hindernisse in ihrer großen Mehrzahl noch fest in ihrer Familie, und es ist kaum denkbar, daß in einer Zeit, in der von Männern und Frauen an Mut, Ausdauer und Kulturarbeit so viel geleistet wird, die Kinder ganz aus dem Rahmen der Familie herausfallen sollten. Freilich in Berlin und vielen anderen Großstädten die Kriminalität jugendlicher seit etwa Anfang Dezember 1914 sehr stark gewachsen. Es ist das Verdienst der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, auf diese betrübende Tatsache hingewiesen zu haben. Sie ist unschuldig daran, daß in der Öffentlichkeit daraus vielfach falsche Schlüsse gezogen werden. Einsichtige Kenner

Der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Adolf Matthias schreibt uns:

Sehr geehrter Herr Chefredakteur!

Sie fragen mich, ob auch ich der Meinung sei, daß unsere Jugendlichen, das heißt die jungen Leute beiderlei Geschlechts von 14 bis 20, sich augenblicklich in einem Zustand besonderer Verderbnis befänden. Lassen Sie mich zu dieser Frage ein kurzes Wort sagen.

Wie es überhaupt ein Fehler menschlichen Urteilens ist, von besonderen Einzelfällen aus rasch ein allgemeines Urteil zu fällen, so ist das zur Kriegszeit in auffallend starkem Maße der Fall. Wenn einzelne Wucher treiben, wenn einzelne sonstige unlautere Handlungen begehen, die häßlichen Kriegsgewinn zum Ziele haben, so werden gleich ganze Klassen und Gruppen von Menschen mit in das wegwerfende Urteil einbezogen. So geht's auch bei den Jugendlichen. Von einzelnen Fällen wird ins allgemeine Blaue hinein geurteilt und rasch verurteilt ohne genaue und gewissenhafte Prüfung. Das liegt in der Nervosität der Kriegszeit, in der krankhaften Erregung, die man als Kriegsspinnschloß bezeichnet hat. Nervöse Menschen urteilen stets rasch, und sie sind wie die Jugend, auch „rasch fertig mit dem Wort.“ Es kommt hinzu, daß die Großstadt oder auch die Großstädte zu sehr zum Ausgangspunkt des Urteils gewählt werden. In der Großstadt aber ist das Beobachtungsfeld von Massenansammlungen mehr erfüllt; diese sind sichtbar; die vielen Stillen im Lande der Jugendlichen treten nicht mit in die Erscheinung, sie werden nicht mit einbezogen in das Urteil. So kommt's, daß die Rechnung sich leicht falsch zusammensetzt. In den Kreisen, in denen ich bekannt bin (es sind Kreise, die nicht viel auf der Straße leben), habe ich doch recht gute Eindrücke empfangen und darf, wie ich das übrigens auch in den Jahren, die dem Kriege vorausgingen, empfunden habe, offen bekennen, daß unsere männliche Jugend, soweit ich sie kenne, vielleicht an Stellen besser ist als ihre Vorgänger, die denn doch auf dem Gebiete nüchternen Lebensführung nicht immer müderhaft waren und manchmal vieles zu wünschen übrig ließen. Mag sein, daß da, wo die streng erziehende Hand des Vaters, der im Felde weilt, fehlt, hier und da die Ungebundenheit größer ist als sonst; aber diese Ungebundenheit gleich als Rohheit einzuschätzen ist doch recht vorschnell. Doch

Familien zu verwenden oder freiwillig ihn als Spargroschen aufzuheben.  
Nach dem Krieg werden wir die Jagden haben, wie alles andere, einer ersten Prüfung zu unterwerfen haben. Bis dahin lebte man sich aufgeregt Reden und Moralpredigten. Der Jugendliche hat es ohnehin schwer genug. Außerdem hat er freilich etwas, das ihm über alles hinweghilft, auch über jene Vorhaltungen: die Unbekümmertheit und Hoffnungslosigkeit der Jugend. Sie zu schätzen und möglichst unversehrt aus der Kriegszeit in die zukünftige Friedenszeit hindüberzusetzen, liegt im Allgemeininteresse des deutschen Volkes. Denn der Jugend gehört die Zukunft!  
(Fortsetzung folgt.)

### Zum Verbandstage.

Von einzelnen Ortsvereinen sind uns Zuschriften zugegangen, die sich mit der Frage einer einheitlichen Festsetzung der Mitgliederbeiträge für sämtliche Gewerkschaften durch den Verbandstag beschäftigen. Derartige Erörterungen sind nicht neu und diese Sache ist schon wiederholt behandelt worden. Gesehert ist diese Frage lediglich daran, indem der Verbandstag nicht die ausführende Gewalt dazu besitzt. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist einmal Sache der einzelnen Gewerkschaften. Trotzdem schadet es nicht, wenn diese an und für sich ungemein wichtige Frage immer wieder aufs neue behandelt wird, im Gegenteil aus den Zuschriften geht mit aller Deutlichkeit hervor, welche Bedeutung ein großer Teil unserer Mitglieder dieser Frage beimisst. Wir freuen uns über diese Tatsache. Die heutige Zeit erfordert Anspannung sämtlicher Kräfte und zeitgemäßen Ausbau der Organisation. Hand in Hand damit geht die Beitragsfrage. Der Krieg hat uns gelehrt, welche gewaltigen Anforderungen an die Arbeiterorganisationen, ganz gleich welcher Richtung gestellt worden sind. Andererseits tritt auch mit aller Deutlichkeit hervor, welche gewaltigen Aufgaben uns bevorstehen. Will nun eine Organisation allen diesen Anforderungen gerecht werden, will dieselbe gegenüber dem Unternehmertum das notwendige Rückgrat bewahren, so muß sie stark und gerüstet dastehen. Dazu gehört, wie zur Kriegsführung, nicht bloß Mut und Entschlossenheit, sondern in erster Linie Geld. Mit zur Rüstung gehört aber eine intensive Verbearbeitung, damit nicht indifferente Kollegen uns Schwierigkeiten bereiten können. Diese Verbearbeitung wird nun durch die Verschiedenartigkeit der Beiträge in den einzelnen Gewerkschaften ungemein erschwert. Es nimmt daher nicht wunder, wenn einzelne Ortsvereine von dem Verbandstage verlangen eine einheitliche Beitragszahlung für sämtliche Gewerkschaften herbeizuführen. Wir haben schon eingangs darauf hingewiesen, daß der Verbandstag dazu außerstande ist. In der Praxis spielt sich die Sache nun so ab: Wir verlangen von der Leitung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften eine intensive Agitation, die sich auf sämtliche Gewerkschaften erstrecken muß. Neben dieser soll und muß eine rege Verbearbeitung nicht bloß von den einzelnen Gewerkschaften, sondern auch von den Ortsverbänden ausgeführt werden. Hierbei ist jedoch schon so mancher Widerstand zu überwinden, der diese Arbeit ungemein hemmt. Hier tritt die verschiedenartigste Beitragszahlung hemmend in den Vordergrund. Wer je bei dieser Verbearbeitung selbst tätig gewesen ist, wird es oft unliebsam empfunden haben, daß die große indifferente Masse gerade nicht zu ideal veranlagt ist. Man hat sehr oft diejenigen

Organisation den Vorzug gegeben, die für einen verhältnismäßig geringen Beitrag bei Arbeitslosigkeit und dergl. annähernd dieselben Sätze zahlt, wie andere Organisationen, die zur Erbringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen den größten Teil der Mitgliederbeiträge verwenden mußten. Gerade unser Gewerkschaften der Holzarbeiter ist ein klassisches Beispiel dafür, wie wir durch unermüdbare Kämpfe um die tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen gezwungen waren, unsere Mitgliederbeiträge zu steigern, während andere Gewerkschaften kaum von derartigen Kämpfen berührt wurden. Trotzdem könnte man wohl sagen, möchten unsere Mitgliederbeiträge nicht mehr steigen, sie wissen, für was sie ihre Beiträge leisten. Schwer fällt es jedoch bei der Agitation der indifferenteren Masse diese Ueberzeugung beizubringen, die andere Mitglieder durch eigene Erfahrung erst in sich aufgenommen haben. Nun könnte man ja einwenden: Bei der Agitation kommt ja die Berufskennung in Frage. Angehts des Bürgerfriedens ist es besser, dies unbeschriebene Blatt nicht weiter zu erörtern. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Hunderte von Holzarbeitern, in einzelnen Orten zwanzig, dreißig und mehr, in den einzelnen Gewerkschaften organisiert sind, nur nicht im Gewerkschaften der Holzarbeiter. Dies ist eine Tatsache, die auch der Verbandstag nicht aus der Welt schaffen wird, und deren Beseitigung auch dem neuwählenden Verbandsvorstand nicht gelingen dürfte, selbst wenn er auch alle erdenklichen Fähigkeiten besäße. Die Gründe liegen eben tiefer.

Verlangen muß man, daß der Verbandstag es immer wieder ausdrückt: Sämtliche Gewerkschaften haben zeitgemäße Beiträge einzuführen.

Die Zeit der Zehnpiennig-Beiträge ist nun einmal vorüber. Eine jede vorwärtstrebende Arbeiterorganisation muß sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Den billigen Jakob zu spielen kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Leider gibt es Kollegen, selbst an führenden Stellen, die glauben, durch niedrige Beiträge einen höheren Mitgliederbestand zu erhalten. Die Möglichkeit besteht, daß heute eine Organisation mit einem 10-20 Pfennig-Beitrag Tausende von Mitgliedern gewinnen könnte. Freude würde dieselbe jedoch nicht daran haben. Denn ganz abgesehen von den Verwaltungskosten, die bei einem niederen Beitrag doch dieselben sind, wie bei einem höheren, würden die Mitglieder bald gewahr werden, daß eine derartige Organisation niemals imstande sein kann, wirksam die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, und eine Massenflucht müßte die Folge davon sein.

Unser Gewerkschaften der Holzarbeiter hat auf jeder Generalversammlung die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Beitragszahlung hervorgehoben. Mit allem Nachdruck haben wir auch demgegenüber betont, daß wir nie erlahmen werden, sondern unermüdblich werden wir die Interessen unserer Mitglieder zu wahren wissen. Denjenigen Mitgliedern, welche die Frage der einheitlichen Beitragszahlung zum Verbandstage gerne aufgerollt wissen wollten, sind alle die Tatsachen bekannt. Wir freuen uns dieser Anregung und können nur versichern, daß wir nach wie vor bestrebt sein werden, die Interessen unseres Gewerkschaften zu wahren.

## ! Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerkschaften !

## Die Regelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter

bezweckt folgende Eingabe, die am 3. Mai von der Verbandsleitung der Deutschen Gewerkschaften an den Bundesrat abgesandt worden ist:

Im Auftrage des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) richten die Unterzeichneten an den Hohen Bundesrat das dringende Ersuchen, der heute in der Industrie in übermäßiger und wohl auch unnötiger Weise stattfindenden Ausnutzung der Arbeitskraft von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Einhalt zu gebieten und die tägliche Arbeitszeit dieser Personen durch Anordnung einer Begrenzung auf 8, höchstens 10 Stunden festzulegen.

### Begründung:

Wenn es auch keiner Frage bedarf, daß in der heutigen Zeit als Ersatz für die eingezogenen erwachsenen Arbeiter Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, soweit deren Kräfte reichen, zur Arbeitsleistung herangezogen werden müssen, so haben sich doch bei der Verwendung dieser Arbeitskräfte, veranlaßt durch das Notgesetz vom 4. August 1914, betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, Mißstände herausgebildet, die schwere Gefahren für die heranwachsende und kommende Generation, wie auch für die gesundheitlichen Zustände der arbeitenden Frauen und jugendlichen Arbeiter selbst befürchten lassen. Die übermäßig lange Arbeitszeit, die den Frauen und jugendlichen Arbeitern in der Großindustrie zugemutet wird, muß eine schwere Schädigung der hierbei in Frage kommenden Personen nach sich ziehen, die sich um so fühlbarer macht, je mehr der Mangel an kräftiger Nahrung hinzutritt. Nicht nur, daß in dieser Industrie heute für Frauen eine Arbeitszeit von 12 Stunden, einschließlich einiger Pausen zu verzeichnen ist, wird diese Arbeitszeit noch durch zahlreiche Ueberstunden ungebührlich und nach unserer Ansicht auch unnötig verlängert. Vorgenommene Untersuchungen haben ergeben, daß auf 16 ober-schlesischen Werken bei der Beschäftigung Frauen 24 Stunden hintereinander, wenn auch mit einigen kurzen Pausen, arbeiten müssen.

Auf der Bismarckhütte in Oberschlesien werden sogar Frauen 3 Schichten hintereinander, gleich 36 Stunden beschäftigt.

Auf der Falzhütte in Schwientochlowitz arbeiten Frauen nur in der Nachtschicht, die sich vom Sonnabend zum Sonntag bis 12½ Uhr Mittags ausdehnt. Und auch in Rheinland-Westfalen liegen die Verhältnisse nicht viel besser, wenn auch nicht so trag wie in Oberschlesien.

Eine derartige Ausnutzung weiblicher Arbeitskräfte kann an unserem Volkstörper nicht spurlos vorübergehen. Sie muß dazu führen, die Gesundheit der Arbeiterinnen zu erschüttern und damit auch den Zielen einer im Interesse des Vaterlandes liegenden Bevölkerungspolitik entgegenwirken sowie das deutsche Familienleben verhängnisvollen Gefahren entgegen-treiben. Diesen drohenden Gefahren kann begegnet werden durch die Anordnung einer höchstzulässigen Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche, die sich u. G. sehr wohl ermöglichen läßt, da die Veröffentlichungen der Arbeitsnachweiskstellen keinen Mangel, sondern eher einen Ueberfluß an weiblichen Arbeitskräften erkennen lassen. Durch Mehrinstellung weib-

## Kriegserinnerungen von Georg Heydemann.

### Richard.

Wie sich mein Bursche am Morgen bei mir meldet, kriege ich einen Schreck. Totenblau steht er aus, der gute Richard. „Menschenskind, nun mal los! Ich rede schon die ganzen Tage — jetzt hilfst aber nicht. — jetzt gehst du ins Lazarett und wirst erst wieder richtig gesund. Ich habe mir heute schon einen Stellvertreter geben lassen, der den „Liebling“ und den „Dachs“ pflegt, bis du wieder gesund bist.“  
Und eine Stunde später zog Richard mit traurigem Gesicht zum Lazarett.

Am nächsten Mittag komme ich runter in den Stall, um meinen Pferden guten Tag zu sagen. Da — ich denke, ich sehe nicht recht — kommt aus dem Burschenunterstand Richard rausgekrochen; immer noch totenblau.  
„Na, Kerl, sag mal, bist du denn im Lazarett gewesen?“  
„Zu Befehl, Herr Leutnant!“  
„Und bist wieder entlassen?“  
Schweigen.  
„Na — Antwort!“  
„Nein, Herr Leutnant! — Aber ich — ich habe den ganzen Tag gestern denken müssen: vielleicht kann der Neue unsere Pferde doch nicht so richtig pflegen. Und dann vor allem der Liebling — weil der doch noch nicht wieder so richtig im Futter war — da konnte ich doch unsere Pferde nicht allein lassen — und da — da habe ichs nicht mehr ausgehalten und bin wieder her!“

### Das Allerneueste.

Im Schützengraben bei der Tafel mit den allerneuesten Kriegsnachrichten.  
„Du, Sternichel?“  
„Ja?“  
„Ich mach morgen deinen Armeitsdienst!“  
„Du?“  
„Ach — du weckst wohl noch garnicht?! Morgen ist doch der Krieg aus!“  
„Na, her mit!“  
„Her, her ganz im Ernst! — Da kanns ja selber läsen um Zeitungsdruck!“  
„Denn Nachrichten vom Armeits?“  
„Her wahr — letzte Nachrichten! Siehe — da brauch ich doch nachher doch keinen Armeitsdienst mehr zu macha!“

### Die Landesprache.

Detachementskommande rechts.  
„Na, alter Worms — so lustig?“  
„Ja, Herr Leutnant — die Nacht hatt ich mächtigen Spaß — da hab ich ne Parulle von uns reingelegt!“

„Worms — das geht nicht! — Denken Sie mal, was da draus werden kann! — Also, das wird nicht wieder gemacht!“  
„Aber nun erzählen Sie mal!“

Schnunzeln.  
„Also ich bin vors Hindernis, eh unsere Losgingen. Und wie je rankommen, hoch und uff franzesisch angerufen —“  
„Auf franzesisch? Können Sie denn das?“  
„Nu mer hat doch immerhin schon was weggetrieht.“  
„So? — Was haben Sie denn gesagt?“  
„Na — ich hab eenfach uff franzesisch gerufen:  
„Wui, wui! — O jeß! — Gud Morning!“  
„Hm!!!“

### Im Graben.

Im Schützengraben, sühes Kind, liegt jetzt Dein Leutnant.  
Durch die Champagne pfeift der Wind, daß kaum Dein liebes Bild ich find mit frosterstarrter Hand.

Drei Tag muß ich im Graben stehn, drei Nacht kein Auge zu.  
Bei Tag muß ich ja feindwärts spähn, bei Nacht muß ich Parrouille gehn — drei Tag, drei Nacht kein Ruh,  
Die Posten ging ich ab heut Nacht, da hört ich, wie von zwein, der eine Kerl ganz leise lacht und jagt: „Wies nur der Leutnant macht — der muß recht glücklich sein!“

Du, wie mir da gewesen ist!  
Was mich so glücklich macht?  
Ich weiß es ja, daß Du es bist — und heiß hab ich Dein Bild geküßt und hab gelacht, gelacht.

### Fürbitte.

In allen deutschen Gauen, da liegen im Gebet die Mädchen und die Frauen, daß uns im Schlachtengrauen der Tod vorübergeht.

Gott hört, um was sie baten . . . und mit allmächtiger Hand wirkt er für uns in Gnaden, daß uns betrifft kein Schaden, daraus ein Schutzwand.

### Wir.

Gestern noch im Schützengraben, heut und morgen Ruhe haben, übermorgen wieder vor.  
Reinmachen, schlafen, waschen, von den Liebesgaben naschen, frisch geölt das Büchsenrohr.

Abends mit den Kerls zusammen.  
Im Kamin die Scheite flammen — ich der Länge nach aufs Stroß, meine Landwehr rings im Kreise, singen wir die Heimatsweise sehnjuchtsbang und siegesfroß.

Der Granaten Eisenfegen, heulender Schrapnells Entsetzen macht den Mann dem Manne wert.  
Ich geb Liebe stets aufs Neue, und mein Lohn: Soldatenfreude!  
Weiter hab' ich nichts begehrt.

### Eine Ausnahme.

Die Manneszucht ist der Grundpfeiler unseres Heeres. Deshalb lasse ich meinen Kerls auch keinen Verstoß gegen das straffe militärische Benehmen durch.  
Aber einmal hab ichs doch getan.  
Ich war den Schützengraben abgegangen und hatte bei einem Kompagnieführer meinen Morgentaffee getrunken. Wie ich ein paar Schulerwehren weiter bin, merke ich, daß ich mein Fernglas vergessen habe. Da kommt mir der Landwehrmann, der gerade vor seinem Unterstand steht, wie gerufen. Kennt mich übrigens von früher — war mal bei meiner Uebungskompagnie.

Ich rufe ihm.  
„Ach, Kamerad, holen Sie mir doch bitte mal schnell mein Fernglas — ich hab's bei Ihrem Hauptmann liegen lassen.“  
Da stellt er sich stramm hin und lacht mich freundlich an.  
„Bon Herzen gern, Herr Leutnant! Bon Herzen gern!“  
Weg war er.  
Ja — und wie er mir dann das Fernglas brachte, da habe ich ihm nichts gesagt wegen der un militärischen Form.  
Ich hatte mich ja so getreut!

### Der tiefste Grund.

Ich ritt durchs Dorf zur Division.  
Ein kleines Franzosenmädchel ging neben mir auf dem Bürgersteig mit einem Topf voll Milch.  
Da — ein Stein im Weg — hauk! lag das Mädchlein da — und der Milchtopf in tausend Scherben.  
Jämmerliches Weinen, bis ein Soldat sie wieder aufgestellt hat. Dann lief sie heulend nach Hause und schrie in einem fort:  
„Oh — quel malheur la guerre — quel malheur la guerre!“

licher Arbeitskräfte kann somit eine Störung in den Betrieben leicht vermieden werden. Zudem halten wir es auf Grund unserer Erfahrungen aus der Praxis für ausgeschlossen, daß bei einer Arbeitszeit, wie wir sie oben angeführt haben, überhaupt noch von einer lohnenden Arbeitsleistung die Rede sein kann.

Wir sind uns bewußt, daß das bereits angeführte Notgesetz vom 4. August 1914 jetzt vielleicht noch nicht in allen Teilen und überall im Deutschen Reich aufgehoben werden kann, aber wir halten es für durchaus notwendig und möglich, der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft von Frauen und Jugendlichen durch Festlegung einer Höchstarbeitsdauer von 8, höchstens 10 Stunden pro Tag, einen Riegel vorzuschieben, und wir erlauben den hohen Bundesrat dringend, dieser Frage recht bald näher zu treten und eine diesbezügliche Verordnung zu erlassen.

Hochachtungsvoll  
**Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).**  
 Gustav Hartmann, Leonor Lewin,  
 Zentralratsvorsitzender, Verbandsredakteur.

### Die Lage des Arbeitsmarktes

Im Monat März wird vom „Reichsarbeitsblatt“ folgendermaßen gekennzeichnet:

Im 20. Kriegsmonat zeigt sich nicht nur dieselbe angespannte Tätigkeit in den für die Kriegswirtschaft arbeitenden Gewerben, wie sie für die vorhergehenden Monate kennzeichnend ist, sondern es macht sich in der Gesamtlage verschärfend eine Steigerung der Beschäftigung sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vorjahr bemerkbar.

Die außergewöhnlich lebhaft nachgefragte Kohlen- und Bergbau hat auch im März angehalten; in der Metall- und Maschinenindustrie wie in der chemischen Industrie machen sich vielfach Steigerungen der Geschäftstätigkeit im Vergleich nicht nur zum Vorjahr, sondern auch zum Vormonat geltend. Die elektrische Industrie ist im allgemeinen besser als im März 1915 beschäftigt. Das Holzgewerbe verzeichnet gleichfalls überwiegend günstigere Geschäftslage als im Vorjahr. Im Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe haben zwar die Brauereien und Fleischwarenfabriken eine weitere Abschwächung erfahren, doch haben andere Zweige angespannter oder ebenso stark wie im Vorjahr, zum Teil auch lebhafter als im Vormonat zu tun gehabt. Auch im Bekleidungs- und Schuhindustrie, zum Teil auch die Wäscheindustrie aufweisen, angehalten. Im Baugewerbe ist dagegen eine Belebung noch nicht hervorgetreten.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. April dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Zunahme der Beschäftigten um 44 412 oder 0,50 v. H. Sie setzt sich zusammen aus einer wie bisher eingetretenen Abnahme der männlichen Beschäftigten bei gleichzeitiger Zunahme der weiblichen Beschäftigung. Die männlichen Beschäftigten haben im März um 19 899 oder um 0,42 v. H. gegenüber einer Verringerung um 0,66 v. H. im Februar abgenommen; bei den weiblichen Hilfskräften ist eine Zunahme um 64 311 oder um 1,57 v. H., d. h. eine etwas stärkere Zunahme als im Februar (+ 0,50 v. H.) zu verzeichnen. Bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigung ist zu berücksichtigen, daß der Umfang der Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht zur Erscheinung kommt.

Unter 835 017 Mitgliedern von 38 Fachverbänden waren 18 721 oder 2,2 v. H. arbeitslos. Im Vormonat wurde über 843 248 Mitglieder berichtet und eine Arbeitslosenziffer von 2,8 v. H. festgestellt. Die Arbeitslosigkeit hat also nicht unbedeutend abgenommen und zwar nicht nur dem Vormonat gegenüber. Vielmehr zeigt sich der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr noch erheblicher als gegenüber dem Vormonat. Im März 1915 betrug die Arbeitslosenziffer 3,8 v. H., auch in den Friedensmonaten März 1914 (2,8 v. H.) und März 1913 (2,3 v. H.) war sie höher als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegen den Februar nicht nur bei den Männern, sondern auch bei den Frauen eine Abnahme des Andranges. Es entfallen nämlich im März auf 100 offene Stellen bei den Männern 81 Arbeitsuchende gegen 86 im Vormonat, und beim weiblichen Geschlecht kamen im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen nicht mehr 167 Arbeitsuchende wie im Februar, sondern nur 155.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schlesien, wie auch für Berlin-Brandenburg, Thüringen und Rheinland keine wesentliche Veränderung der Lage erkennen. Auch in Hannover, Braunschweig und Bremen zeigt sich dasselbe günstige Bild wie im Vormonat. Für Hamburg ist eine Verschiebung der Verhältnisse auf dem männlichen Arbeitsmarkt nicht festzustellen, doch tritt für die weiblichen Personen eine günstigere Gestaltung als im Vormonat hervor. Auch in Hessen und Hessen-Nassau machte sich auf dem weiblichen Arbeitsmarkt eine Besserung dem Februar gegenüber bemerkbar. In Westfalen zeigte die Gesamtlage ein günstigeres Bild als im Vormonat. Insbesondere wird aber aus Süddeutschland, aus Bayern, Württemberg wie aus Baden, eine Verbesserung der Lage gemeldet. Weniger einheitlich lauten die Berichte aus Königreich und Provinz Sachsen.

### Der Verband der Baugewerkschaften von Groß-Berlin

hat auf seiner letzten Generalversammlung die von den Vertretern der beiderseitigen Organisationen vereinbarten tariflichen Abmachungen angenommen. Danach sind sämtliche Verträge bis zum 31. März 1917 verlängert. Derselben verlängern sich um ein weiteres Jahr, also bis zum 31. März 1918, wenn am 31. Dezember 1916 mit einer der feindlichen europäischen Großmächte der Frieden noch nicht geschlossen ist. Europäer sind noch zwischen dem Verband der Baugewerkschaften und den Arbeitnehmerorganisationen folgende protokollierte Erklärungen festgelegt worden:

- a) Werden auf einer Arbeitsstelle bei Beginn des neuen Tarifvertrages bereits höhere Löhne gezahlt, als sie der neue Vertrag vorsieht, so bleibt dieser höhere Lohn bestehen, so lange die Arbeitnehmer, welche ihn erhalten, an dem betreffenden Objekt arbeiten, jedoch nicht länger als im Höchstfalle bis 6 Wochen nach Beginn des neuen Tarifvertrages.
- b) Die am Tarifvertrage beteiligten Parteien übernehmen die Verpflichtung, die in dieser Vertragsperiode mit besonderem Nachdruck die im § 9 des Vertrages niedergelegten Bestimmungen einzuhalten und für deren Durchführung zu sorgen. Insbesondere ist darauf zu achten, daß die im Verträge festgesetzten Löhne eingehalten werden.

Die neuen Tarifverträge treten am 15. April 1916 in Kraft. Die Kriegsteuerzulagen sind also erstmalig am 21. April 1916 für die Woche vom 15. bis 21. April zu zahlen. Interessant sind nachstehende Beschlüsse der Generalversammlung, die uns an eine frühere Zeit erinnern. Es wurde ferner beschlossen:

- a) Es wird den Mitgliedern des Verbandes zur strengsten Pflicht gemacht, die in dem Tarifabkommen zwischen dem Verband und den Organisationen der Arbeitnehmer festgesetzten Stundenlöhne und Kriegsteuerzuschläge innezuhalten. Unter keinen Umständen dürfen weder direkt noch indirekt höhere Stundenlöhne oder höhere Zuschläge als die in dem Abkommen festgelegten bewilligt und bezahlt werden. Unter keinen Umständen dürfen Vorteile gewährt werden, durch welche unter Umgehung des Tarifabkommens der Arbeitsverdienst über die festgelegten Sätze gesteigert wird. Auf Verlangen ist der Verbandsleitung eine schriftliche Erklärung auszustellen, in welcher sich die Verbandsmitglieder zur unbedingten Innehaltung der Abmachungen verpflichten.
- b) In jedem Falle, in welchem seitens der Arbeitnehmer gegen das Tarifabkommen verstoßen wird, in welchem insbesondere Forderungen, die über das Tarifabkommen hinausgehen, gestellt werden, ist der Verbandsleitung umgehend Mitteilung zu machen. Verhandlungen mit den Führern bzw. Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen dürfen nur durch den Verband bzw. durch dessen Beauftragte geführt werden. Selbständige Unterhandlungen mit den Vertretern der Arbeitnehmer-Organisationen sind unzulässig und nach Maßgabe dieses Beschlusses verboten.

Diese letzten Abmachungen erinnern an die Zeit, als bei der großen Bauausperrung man über verschiedene Geschäfte, die gewillt waren, an ihre Arbeiter höhere Löhne zu zahlen, einfach die Materialsperrung verhängte. Nach diesen Abmachungen ist also strengstens jedem Unternehmer verboten, höhere Löhne, als die in den tariflichen Abmachungen vorgesehenen, an ihre Arbeiter zu zahlen.

### Verfolgte Unschuld?

In unserer letzten Nummer der „Eiche“ haben wir mit Recht auf die tiefe Erregung, welche in den breiten Volksschichten betreffs der Nahrungsmittelversorgung Platz gegriffen hat, hingewiesen. Alle Ermahnungen an Händler und sonstige Lieferanten blieben erfolglos. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß nur rückstandslos Anzeige an die zuständigen Behörden am Platze ist. Alles Jammern ist zwecklos, gehandelt muß werden. Wir wollen heute nicht untersuchen, welches der größte Wucherer ist, der Händler oder der Fleischer, wir meinen: Liebe Seele hab' Geduld, sie haben alle beide Schuld. Jetzt hat man einen Teil gefaßt. Trotz verstärktem Viehautrieb blieben die Schlächterläden leer, kein Fleisch war zu haben. Der schärferen Wachsamkeit der Hausfrauen ist es nun gelungen, die Behörden auf die verborgenen Schätze in den Kellerräumen bei den verschiedensten Fleischermeistern aufmerksam zu machen. Tausende von Zentnern Fleisch, Wurst und Fett ist zu Tage gefördert worden. Die Zeitungen brachten lange Spalten über das „patriotische“ Verhalten der Fleischermeister. Darob große Entrüstung über die böse Presse, die sich bloß an den unschuldigen Schlächtermeistern, die doch schon an und für sich so schwer zu leiden haben, reihen wollte. Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ nennt die Brandmarkung durch die Presse eine wahnsinnige Hecke, ein Geschrei hysterischer Frauen, die sich von Neid und Mißgunst haben leiten lassen. Die „Deutsche Fleischerzeitung“ führt die Zurückhaltung der Behörden auf den Mangel an Arbeitskräften zurück, trotzdem wir zur Zeit Hunderte von arbeitslosen Schlächtern haben. Mit aller Schärfe muß aber zurückgewiesen werden, wenn das Blatt schreibt: Man hat dem Böbel Gelegenheit gegeben, sein Mütchen an den Fleischern zu kühlen, da man Demonstrationen anderer Art sehr vernünftigerweise unterdrückt und ihm so die Möglichkeit, sich dort auszutoben benimmt.

So kam der Berliner Böbel dazu, Läden zu plündern, unschuldige (!) Menschen zu mißhandeln, Lebensmittel, die wir notwendiger brauchen können, zu vernichten, und die Polizei ist nicht imstande, es zu verhindern. Das ist das Wunderbare!

Man könnte schier sein Bedauern aussprechen über diese verfolgte Unschuld. Verraten möchten wir aber diesen beiden Fleischerzeitungen, daß die deutschen Frauen etwas anderes zu tun haben, vielmehr dem Ernst der Zeit Rechnung zu tragen, als sich nutzlosen Demonstrationen hinzugeben. Daß die Polizei mehr soziales Verständnis für die Lage der Frauen zeigt als unsere Fleischermeister, ist nur zu begrüßen.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, sich durch das Gebahren dieser Fleischermeister und sonstigen Händler nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. Ein scharfes Auge auf alle wucherischen Machinationen haben, das führt am ersten zum Ziele. Wir verpflichten unserem Bruderverband, dem „Regulator“ vollständig bei, wenn es schreibt:

Selbsthilfe!

Die Lebensmittelversorgung macht an manchen Orten Schwierigkeiten. Kollegen! Schimpfen darüber hilft nichts. Tretet zusammen, werdet vorstellig, gründet „Kriegsausschüsse für Konsumenteninteressen“. Wo sie bestehen, arbeitet fleißig mit, das dient zur Agitation und fördert die Sache. Nicht nur kritisieren, sondern mitarbeiten.



### Ueber die Beteiligung der deutschen Versicherungsträger an den Krieganleihen

bringt die „Arbeiterversorgung“ in ihrer letzten Nummer eine interessante Zusammenstellung. Allein zu der vierten Krieganleihe zeichneten die gewerblichen Berufsgenossenschaften 43 Millionen Mark, die landwirtschaftlichen 3 Mill. Mark. An den drei vorangegangenen Anleihen hatten sich die gewerblichen mit rund 128 Mill., die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 15 Mill. Mark beteiligt. Somit belaufen sich ihre gesamten Krieganleihezeichnungen auf rund 194 Mill. Mark.

Ganz erheblich höher, entsprechend den ihnen zur Verfügung stehenden größeren Mitteln, ist der Anteil der Versicherungsanstalten, der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Nachdem sie zu den ersten drei Anleihen insgesamt 349 Mill. Mark gezeichnet hatten, haben sie sich an der vierten mit 155 Mill. Mark beteiligt, so daß sich ihre gesamten Zeichnungen auf 504 Mill. Mark beziffern.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat 60 Mill. Mark gezeichnet. Auch die Krankenkassen haben nach einzelnen der obengenannten Zeitschrift zugegangenen Mitteilungen sehr namhafte Beträge gezeichnet. Eine abschließende Uebersicht ihrer Beteiligung liegt bisher aber noch nicht vor. Es darf aber ohne weiteres angenommen werden, daß alle Träger der staatlichen Versicherung zusammen sicherlich mehr als 1 Milliarde Mark zu den Krieganleihen beigesteuert haben.

### Zum Gewerkschafts- und Parteifreieit.

Die Leberarbeiter-Zeitung äußert sich in ihrer Nummer vom 5. Mai:

„Allseitig wünscht man, eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei möge sich vermeiden lassen, zum mindesten aber sollte durch eine solche unsere gewerkschaftliche Aktion nicht gestört werden. Dieser Meinung sind auch wir, wenn jedoch die „Holzarbeiter-Zeitung“ meint, gerade weil ein Uebergreifen der Spaltung auf die Gewerkschaften die Arbeiterbewegung ungeheuer schädigen würde, hätten wir alle Ursache, der Spaltungspolitik entgegenzuwirken, so können wir diesen Standpunkt nicht teilen. Wir sind vielmehr für strikte Neutralität der Gewerkschaften dem Parteifreieit gegenüber, denn der Versuch, der Spaltungspolitik von gewerkschaftlicher Seite entgegenzuwirken, muß notwendigerweise dazu führen, Streit durch die eigene Presse und Versammlungen in die Gewerkschaften zu verpflanzen. Eine gewerkschaftliche Aktion gegen die Parteiuneinigigkeiten führt zu nichts als zur Erweiterung der Kluft, durch welche jetzt die politische Arbeiterbewegung bereits in mehrere Lager gespalten ist. Das wäre ein Versuch mit untauglichen Mitteln, dessen Nachteile diejenigen zu tragen hätten, die ihn anwandten.“

Von solchen Erwägungen ausgehend, haben wir uns entschlossen, den Parteidifferenzen gegenüber gänzlich neutral zu bleiben. Die sozialdemokratische Partei muß mit sich selbst fertig werden, es ist ihre Sache, den in eigenem Hause ausgebrochenen Brand selbst zu löschen. Aufgabe unseres Blattes soll sein, die wirtschaftlichen Interessen der Berufsgenossen und diejenigen ihrer Organisation zu fördern, über Vorkommnisse innerhalb der sozialdemokratischen Partei werden wir fürderhin nur berichten, wenn solche von entscheidender Wichtigkeit vorliegen. Und selbst in solchen Fällen werden wir lediglich sachlich, ohne Stellung zu nehmen, die vollzogenen Tatsachen registrieren. Unseres Erachtens können Partei und Gewerkschaften nicht mehr eins sein, wenn die Sozialdemokratie selbst nicht mehr ein einiges Ganzes, sondern in sich gespalten ist, wir müssen uns dem neugeschaffenen Verhältnis anpassen, bis sich das frühere zwischen Partei und Gewerkschaft bestandene wieder aufrichten läßt.“

Auch die „Handlungsgesellen-Zeitung“ nimmt in ihrer neuesten Nummer wie folgt Stellung:

„Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die jetzt in drei Gruppen zerfällt, in die alte Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und in die Gruppe Liebknecht-Rühle, führte zu neuen, immer heftigeren Kämpfen in den Parteiorganisationen. Es ist nicht abzusehen, wie diese Kämpfe endigen werden. Es wäre Verblendung, wollten wir uns vorreden, die Gefahr einer Spaltung der Gesamtpartei bestehe nicht.“

In dieser Situation gilt für die Gewerkschaften erst recht das, was wir bereits in Nummer 2 des laufenden Jahrgangs unserer Zeitung sagten: Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, sich in den Parteifreieit nicht einzumischen, wenn sie verhalten wollen, daß der Kampf in ihre Reihen übergreift. Erfolgreicherweise kann auch gesagt werden, daß der größte Teil der Gewerkschaftsblätter sich zur Zeit mehr Reserve bei der Erörterung des Parteifreieits aufgelegt, als es noch vor einigen Monaten der Fall war. Zum Teil ist das allerdings auch erst auf lebhaftere Proteste aus den Mitgliederkreisen der betreffenden Gewerkschaften zurückzuführen. Selbst das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, das sonst am eifrigsten bemüht war, die Gewerkschaften auf die Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion festzulegen, ist stiller geworden. Es betont gelegentlich zwar immer noch seinen alten Standpunkt, aber das geschieht doch nicht mehr in so aggressiver Form, wie das eine Zeit lang der Fall war.“

### Die Fehler unserer Volksernährung

hat der bekannte freikonserervative Landtagsabgeordnete, Landrat a. D. v. Dewitz kürzlich in der Darmstädter „Heftigen Landeszeitung“ mit erfreulicher Rücksichtslosigkeit behandelt. Auch wenn man nicht alle seine Darlegungen, unterzeichnen will, so muß man doch seiner Auffassung beipflichten, daß unsere durch energische Beschlagnahme und Nationalismus geregelte Broternteilung bestens gesichert ist. Das Elend unserer Kartoffelversorgung kennzeichnet er mit folgenden treffenden Worten: „Die auf den Kopf der Bevölkerung in Berlin zugewiesene Quote von 10 Pfund für 12 Tage läßt in gleicher Weise auf ein Mißverhältnis schließen. Nur mit zorniger Entrüstung kann man von dieser Tatsache Kenntnis nehmen. Der verantwortliche Mann, der es nicht verstanden hat, unter allen Umständen bei einer Ernte von ca. 50 Millionen Tonnen Kartoffeln den Bedarf für den menschlichen Verbrauch zu sichern, verdient wirklich zur Verantwortung ge-“

jagen zu werden." Man könnte das gleiche harte, aber gerechte Urteil wie über die nach einseitig landwirtschaftlichen Interessen orientierte Kartoffelpolitik auch auf unsere völlig vernachlässigte Zuckerverzehrung anwenden. In beiden Fällen handelt es sich ja um Erzeugnisse, bei denen wir Weltrekorde sind und doch nur unter großen Schwierigkeiten gerade auskommen.

Interessant ist übrigens noch, daß Herr von Dewitz die Futtererzeugung als billiges und häufiges Gut anschlüssig der milderbemittelten Bevölkerung zuführen will. Die Reichen könnten sich dafür Lebensmittel beschaffen, die den Armen nicht zugänglich sind. Auch dieser Gedanke erscheint uns sehr bedauerlich.

### Vom schweizerischen Holzarbeiterverband.

Die Holzarbeiter hielten in Zürich ihren Verbandstag ab, dem zum erstenmal ein weiblicher Delegierter aus Zürich neben 63 männlichen Delegierten beiwohnte. Aus dem Ausland war nur Peterien-Kopenhagen als Vertreter des dänischen Holzarbeiterverbandes erschienen. Die Holzarbeiterverbände in Deutschland, Ungarn, Holland und Frankreich hatten Begrüßungsschreiben geschickt. Der schweizerische Holzarbeiterverband hat sich vom tiefsten Stande mit 3467 Mitgliedern nach Kriegsausbruch einigermaßen erholt und zählt nun 4174 Mitglieder in 78 Sektionen. Beschlössen wurde unter anderem, von den zuständigen Behörden in den Gemeinden, Kantonen und im Bund Subventionen für die Arbeitslosenlaste des Verbandes zu fordern. Eine Resolution richtet sich gegen das internationale Holzarbeitersekretariat in Berlin und die „Deutsche Holzarbeiter Zeitung“ wegen ihrer Kriegspolitik. Auf dem nächsten internationalen Holzarbeiterkongress soll die Verlegung des internationalen Sekretariats beantragt werden. Die anderen Verbände werden aufgefordert, mit allen Mitteln einzutreten. Auf dem Grabsteine wurde ein Kranz niedergelegt mit der Aufschrift: „Dem wahren Kämpfer für den internationalen Sozialismus August Bebel: gewidmet vom 15. Verbandstag des schweizerischen Holzarbeiterverbandes Zürich 1916.“

Hierzu schreibt das Züricher „Volksrecht“: „So tief bedauerlich auch das Verhalten eines großen Teiles sowohl der deutschen wie auch der französischen und englischen Gewerkschaftsführer und der Gewerkschaften selbst in ihrer Stellung zum Krieg ist, die gewerkschaftliche Internationale ist dennoch nicht tot. Das zeigt nicht nur der Verbandstag der schweizerischen Holzarbeiter und die dort angenommene Kundgebung; das geht auch aus dem Schreiben hervor, das der Holzarbeiterverband auf die Einladung zum Verbandstag hin vom Vorstand des englischen Möbelerbeiterverbandes erhielt. Das Schreiben lautet: „Der Vorstand des englischen Möbelerbeiterverbandes bedauert, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Entsendung eines Delegierten nicht möglich ist,“ und fährt dann fort:

„Nichtsdestoweniger senden wir Euch unsere besten Wünsche für eine erfolgreiche Tagung, und wir glauben ebenso fest an die Macht der Internationale wie vorher. Wir sehen voraus, daß unser Anteil am internationalen Werk ebenso wichtig für uns alle sein wird, als vor der durch den Krieg verursachten Unterbrechung. Wir glauben ebenso wie vorher, daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt die gleichen sind, und daß wir gegen die gemeinschaftliche Unterdrückung durch den Kapitalismus vereint bleiben müssen.“

Mit besten Grüßen verbleibt in Brüderlichkeit  
gez.: A. Gossin, Generalsekretär.“

### Die Kontrolle der Lebensmittelhamster.

Die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Verteilung.  
Der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ begrüßt das energische Vorgehen der Polizei gegen die Ladenhändler, um etwaige aufgestapelte Vorräte der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Nur, meint das Organ, müsse jetzt dafür Sorge getragen werden, daß seitens der Polizei oder der gemeindebehördlichen Organe die Vorräte an Lebensmitteln in Groß- und Kleinhandelskreisen festgestellt werden, damit sie zu gleichmäßiger Verteilung Verwendung finden könnten. Es gehe nicht an, daß bei dem zwangsweisen Schnellverkauf einige Willkür-Bevorzugung erfahren und andere nichts erhalten. Dann weiß der „Nachrichtendienst“ noch auf das Folgende hin:

„Da es ferner wahrscheinlich ist, daß auch noch andere Lebensmittel in großen Mengen aufgestapelt worden sind — ein aufmerksamer Blick in die Geschäftsanzeigen unserer Zeitungen genügt, in welcher großen Mengen Lebensmittel von Hand zu Hand gehen, ohne den Verbrauch schnell und billig zu erreichen — so wird es sich empfehlen, daß Beschlagnahme und Verordnungsregelung auf alle Nahrungsmittel ausgedehnt wird.“

Die Vorgänge der letzten Wochen und Tage enthalten die Möglichkeit einer Irrführung der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung. Sie darf sich nicht entwickeln, denn gerade hierdurch könnte die angestrebte gleichmäßige Versorgung gefährdet werden.

Vernünftigerweise will die Korrespondenz diese Kontrolle nicht bloß auf die Händler, sondern auch auf die Erzeuger, also wohl auch auf die Landwirte, ausgedehnt wissen.

### Ueber 10000 Pfund Fleischwaren zurückbehalten.

Die städtische Polizei in Köln a. Rh. hat in zahlreichen Metzgereien Durchsuchungen nach Fleischvorräten abgehalten. Dabei wurden bei dem Großschlächter Sommer über zehntausend Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch und Würstchen vorgefunden. Zum Teil waren sie schon infolge unsachgemäßer Aufbewahrung in Fäulnis übergegangen. Es hat sich herausgestellt, daß Sommer fortgesetzt gewaltige Mengen von Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen ausgeführt hat. Die Polizei hat das unverdorrene Fleisch beschlagnahmt und dem Schlachthof zugeführt, wo es sofort verkauft wurde. Gegen Sommer, dessen Geschäft geschlossen wurde, ist Anklage erhoben worden.

### Eine unerhörte Nahrungsmittelfälschung

Am 1. März 1916 hat die städtische Polizei in Köln a. Rh. in einer Verhandlung gegen den Möbelschneider Christian Camps vor der Strafkammer in Düsseldorf zur Erörterung. Die Firma Baruch u. Marks in Nürnberg hatte Ende 1914 für die Heeresverwaltung die Lieferung eines großen Postens Kakaopulver übernommen und davon 15 000 Kilo bei dem Kaufmann Straß in Amsterdam bestellt. Die Ladung kam in Fässern per Schiff auf dem Rhein bis nach Düsseldorf und wurde dort angehalten. Die inzwischen auf Veranlassung der Heeresverwaltung vorgenommene chemische Untersuchung der Kakaopulver hatte nämlich ergeben, daß es sich um höchst minderwertiges Zeug handelte. Das „Kakaopulver“ bestand in der Hauptsache aus gemahlener Kakaoschalen, vermischt mit Sand. Die Annahme wurde verworfen und nun auf Veranlassung der Nürnberger Firma die Ladung in Düsseldorf freigegeben und im Wege der Versteigerung verkauft. Den Käufern gegenüber wurde jede Garantie über die Qualität der Ware abgelehnt. Camps kaufte davon fünfzig Faß zum Preise von 6820 Mark. Nach der Aktion erfuhr — auf Veranlassung der bekannten Kölner Zuckerwarenfabrik Gebr. Stollwerk — die Nahrungsmittelpolizei, um Proben zu entnehmen. Sie kam jedoch reichlich zu spät, denn der größte Teil der 15 000 Kilo war schon von den Käufern abgeholt worden. Die Untersuchung der Fässer ergab, daß sie meist mit Kakaoschalen, Sand und — Hierdemist gefüllt waren. Bei Camps wurden am 2. Januar 1916 noch 25 Fässer gefunden und beschlagnahmt. Er erhielt eine Anklage wegen Fälschung gefälschter Nahrungsmittel, wurde aber vom Schöffengericht mangels genügender Beweise freigesprochen. Die vom Staatsanwalt gegen diesen Freispruch eingelegte Berufung kam erst am letzten Freitag vor der Düsseldorfer Strafkammer zur Verhandlung. Camps wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und die Einziehung der 25 Faß „Kakaopulver“ beschlossen. Camps ist Holländer und handelt mit allen möglichen Gegenständen. Wohin die übrigen Mengen der 15 000 Kilo „Kakaopulver“ gekommen sind, ließ sich nicht mehr feststellen; sie werden ihren Weg über den Zwischenhandel zu den betroffenen Konsumenten gefunden haben.

### Die Irrfahrten des Weißkohls.

Die Aufforderung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin an das Publikum, bei der Bekämpfung des Wuchers durch rücksichtslose Anzeigen der Schuldigen mitzuhelfen, hat den uneingeschränkten Beifall aller reichlich denkenden und unabhängigen Kreise gefunden. Der Erlaß ist umsomehr zu begrüßen, als allem Anschein nach im Polizeipräsidentium bis gegen diese Mitwirkung der Bürgerlichkeit Bedenken bestanden. Anders ist seine Passivität in folgender Weißkohlangelegenheit, die das Motiv zu einem dramatischen Kinofilm abgeben könnte, nicht zu verstehen: Der Verband Deutscher Gemüsezüchter hatte am 14. Januar der Reichsprüfungsstelle des Berliner Versicherungsbiros (!) Albert und Gerle, Großbeerstraße 86 angezeigt, daß es 3000 Ztr. holsteinischen Weißkohl zu Spekulationszwecken an drei Stellen im Berliner Osten zurückhalte und als ausländischen Kohl zu 2 M. über damaligem Höchstpreis, d. h. zu 7 M. verkaufen wollte. Am 25. Januar ging, da inzwischen keine Antwort eingelaufen war, die gleiche Anzeige an das Polizeipräsidentium in Berlin. Dabei konnte bereits mitgeteilt werden, daß der Firma, die vorher nie mit Gemüße gehandelt hatte, durch die Erhöhung der Höchstpreise nicht weniger als 4—5000 M. unverdient in den Taschen geworfen worden seien. Einen Monat später, am 1. März konnte der Verband auf die einige Tage vorher eingegangene Anfrage der Reichsprüfungsstelle bezüglich seiner Maßnahmen bei der Berliner Behörde mitteilen, daß er vom Polizeipräsidentium noch immer keine Antwort erhalten habe. Die Stadt Berlin hatte mittlerweile den Kauf des Kohls, weil von schlechter Beschaffenheit, abgelehnt. Dagegen übernahm die Stadt Neukölln ihn und bot ihn, den holstein-

### Die Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin

hat im zweiten Kriegsjahre eine beachtenswerte Vergrößerung ihres Versicherungsbestandes erzielt. Es betrug in runden Zahlen der Neuzugang 32 000 Versicherungen mit 11,8 Millionen Mark Versicherungssumme, der Abgang 3700 Versicherungen mit 1,5 Millionen Mark Versicherungssumme; der Versicherungsbestand hat sich hiernach im Jahre 1915 um 28 300 Versicherungen mit 10 Millionen Mark Versicherungssumme erhöht.

Die Prämienentnahme ist 1915 mit Einschluß der Kriegerversicherung auf 1 361 000 Mark (gegen 834 000 Mark 1914), also um 63 % und ohne Einschluß der Kriegerversicherung auf rund 920 000 Mark (gegen 592 000 Mark 1914), also um 55 Prozent gestiegen.

Gesunken sind dagegen im Vergleich zum Vorjahre die Ausgaben für Provisionen um 55 % und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Einrichtung und Organisation um 49 %.

Die Ausgaben für Sterbefälle haben sich trotz des Krieges innerhalb der Grenzen der hierfür verfügbaren Mittel gehalten. Die übrigen Zahlen konnten (infolge der zahlreichen Einberufungen) noch nicht endgültig festgestellt werden.

Angemeldete Patente:  
Nr. 381. J. 36 640: Einrichtung zum Feininstellen mehrerer Schablonen bei Zintenträsvorrichtungen. J. Fr. Fuchs, Werkzeugfabrik, Camsdorf, Württ. Angem. am 8. 6. 13.  
Nr. 681. H. 65 041: Fischband, bei dem der Fensterflügel oder dergl. selbsttätig durch Reibung gesichert wird. F. Hauck, Köln a. Rh. Angemeldet am 17. 1. 14.  
Nr. 381. St. 20 520: Fahrreihenschloßmaschine. Stoll u. Eschner, G. m. b. H. Leipzig-Blagwitz. Angem. am 2. 8. 15.  
Nr. 381. H. 66 144: Maschine zur Herstellung von gedrehten Gegenständen aus Holz. Harzer Holzwaren Fabrik Gebr. Lohoff, Teltensborn, t. Harz. Angemeldet am 17. 4. 14.

### Literarisches.

Heimstätte. Willen und Landhäuser, Doppelhäuser usw. für Stadt und Landgemeinden, Gartenstädte, Villenkolonien, Baugesellschaften und Vereine.  
Von Architekten R. Gebhardt und Carl Eberhardt. 70 bürgerliche Hausbeispiele in ca. 200 Ansichten und Grundrissen usw. mit Angabe der Baukosten. 76 Tafeln Abbildungen in Kunstdruck Mt. 3.— geb. Mt. 4.50 (Porto 30 Pfg.) für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Jahresbeitrag Mt. 10.—) mit 3 ähnlichen Buchwerken und der illust. Zeitschrift „Heimkultur“ kostenlos. Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Wiesbaden.

Für alle diejenigen Bauwilligen die sich ein Eigenhaus bauen wollen, ist diese Sammlung von 70 Hausbeispielen von größtem Werte. Sie können an Hand derselben eine ganz ihren Bedürfnissen angepaßte Einteilung der Räume sich zurechtlegen und finden viele Anregungen, wie eingebaute Schränke anzuordnen sind, schöne Sitzplätze, Wohnnischen usw. Die Baukosten der Häuser überschreiten selten 20 000 Mark und wir finden auch schon Zweifamilienhäuser für 9000 Mk., darunter allerdings auch einige Häuser für 25—35 000 Mark. Dieser billigen und brauchbaren Sammlung ist eine große Verbreitung zu wünschen, damit die Eigenhausbewegung — die Heimkultur — in immer weitere Kreise dringt. Wer von unseren Lesern sich dafür interessiert, lasse sich die Vereinsdrucksachen der „Heimkultur“ kostenlos zusenden.

Dieses billigste Verlagswerk kann jeder Architekt und Baumeister, Bautechniker oder Unternehmer recht vorteilhaft für die Praxis verwenden, denn es handelt sich hier fast durchweg um 4—8 Zimmerhäuser die bekanntlich vorwiegend gebaut werden, meist einfach im Aufbau und mit bewährten Grundrissdispositionen, für Gebirgsgegend wie für Flachland geeignet, zweckmäßig und vor allem billig konstruiert.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 20. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

### Anzeigen.

Für den Verleger: Die Redaktion der Zeitung, gegenüber nicht verantwortlich.

### Kollegen und Kolleginnen!

Beachtet die Vorteile unserer Zuschußkassentafel und Sterbekasse des Gewerkevereins.  
Kassentafel erstellt nach Aufnahmen nimmt entgegen.  
Das Hauptbüro:  
Berlin H. 55, Greifswalderstraße 222.

Stendal, Ostpreußen. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Ortsvereinsbeiträge, wenn sie sich bei uns anmelden. Kassa: Greifswalderstraße 1.

Sarg. Bestattung. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsvereinsbeiträge, wenn sie sich bei uns anmelden. Kassa: Greifswalderstraße 1.

Gera (Ostpreußen). Die Unterstützung durchreisender Gewerkevereinskollegen wird ausbezahlt bei E. Schneider, Sargfabrikant, 62.

Ulm a. D. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mt. Unterstützung als Ortsvereinsbeitrag vom Ortsvereinsleiter Greiner, Pränungstraße 17.

Frankfurt a. M. Das Arbeitssekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkevereine befindet sich Alte Mainzerstraße 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Das Stück kostet 10 Pl., 10 Stück 80 Pl., 20 Stück 1.50 M. und 50 Stück 3.75 M. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin H. 55, Greifswalder Straße 221/22, zu richten.

Einheitliche Vereinsabzeichen.  
Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mt., und werden dieselben — nach Einzahlung des Betrages an den Hauptkassierer Ziele — sofort den Vereinen zugestellt.

Gesucht. Offerte unter E. 7110 an Zentralredaktion Berlin.

Wittorf (Ostpreußen). Durchreisende Kollegen erhalten ein Vereinsabzeichen von 75 Pfg. bei den Ortsvereinsleitern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Ortsvereinsleiter O. E. P. erf. Dorf, Hallischestraße 27.

Verlag und verantwortl. Red. des Verlags: L. B. Rexel-Verlag, Berlin H. 55, Greifswalderstraße 221/22. Druck des Verlags: Zeitung A.-G. in Ulm a. D.